

Nr. 104.

Montag, den 6. Mai

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abon- nementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insetionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergepaltenen Pettzeile für V. Jahrgang, die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stämpelgebühr für jed. Einshaltung 30 Nkr. — Insetat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 27. April d. J. allergnädigst zu gefasset, daß der k. k. wirkliche geheime Rath und Bundes-Präsident-Gesandte, Alois Freiherr Kübeck von Kuba, das Großkreuz des königlich hannoverschen Guelphen-Ordens; der k. k. Hof- und Ministerialrath im Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Aeußeren, Anton Ritter von Hammer, das Komthurekreuz des königlich bairischen Verdienst-Ordens vom heiligen Michael; der k. k. Agent und Generalkonsul in Bukarest, Karl Freiherr von Eder, das Ritterkreuz des Verdienst-Ordens der königlich österreichischen Krone; und der k. k. Legationsrath, Ferdinand von Amiezina, das Kommandeurekreuz des päpstlichen St. Gregor-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Gnädigung vom 1. Mai d. J. den bei Allerhöchstdem Herrn Vize-Regierungs-Rath Joseph zugewiesenen Oberstleutnant und Premier-Wachmeister der Ersten Artillerie-Leibgarde, Rudolph Freiherrn v. Lüttichau, auf sein eigenes Aufsuchen und unter Verzeihung der Allerhöchsten vollen Zufriedenheit dieser Dienstleistung zu erheben und an dessen Stelle den Obersten, Alois Grafen v. Bötting & Perzig des Infanterie-Regiments Großfürst Thronfolger von Rußland Nr. 61 zum Vorsteher der Kammer des genannten Herrn Regierers allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Gnädigung vom 29. April d. J. dem Rabel-Korporale, Emil Gerlich und dem Führer Mate Dumencic, des 94. Linien Grenz-Infanterie-Regiments Nr. 3, in Anerkennung ihrer hervorragenden muthvollen Thatkraft bei Greisung von, den öffentlichen Sicherheit gefährlichen Individuen, die silberne Tapferkeits-Medaille zweiter Klasse, ferner dem ausserordentlichen Korporal, Jovan Belandic, desselben Grenz-Infanterie-Regiments, aus gleichem Anlasse, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

## Veränderungen in der kais. königl. Armee.

Ernennungen und Beförderungen:

Der Titular-Oberst und Vermessungs-Referent bei der Generaldirektion des Grundbesitzkatasters, Eduard Bachmann, zum württembergischen Obersten im Armeefache, mit Befehlssatz auf dem gegenwärtigen Dienstposten;  
der Oberlieutenant, Alexander Hoffmann von Donnersberg, des Geniesabtes, zum Obersten;  
der Oberlieutenant, Eudard Graf Wickenburg, des Uhlans-Regiments Kaiser Alexander II. von Rußland Nr. 11, zum Kommandanten dieses Regiments;  
Im Geniesabte: Zu Oberlieutenants die Majore:  
Matias Ritter von Lepkowski, Andreas Lunzler von Treutelsfeld und Ernst Wolter, Ober von Gewehr;  
zu Majors die Hauptleute erster Klasse:  
Joseph Dösa v. Matfalva und Robert Ritter v. Joselson; endlich  
der pensionirte Major, Mathias Turek von Gelingen zum Bürgermeister der Militär-Kommunität Panscova.

Uebersetzung:

Der Oberst Viktorin Fürk Windischgrätz, vom Uhlanen Regimente Kaiser Alexander II. von Rußland Nr. 11, zu den St. f. f. Apostolischen Majestät Allerhöchsten Namen führenden Uhlanen-Regimente Nr. 4.

Verleihung:  
Den pensionirten Mittheiler erster Klasse, Julius Kuln-  
reich von Nemes-Militics, der Majors-Charakter ad ho-  
mores.

Verleihung:

Den perfortorten Mittheiſter erſter Klaſſe, Julius Kuln  
eichs von Nemes-Militich, der Majors-Charakter ad ho  
nores.

---

Der Polizeiminifter hat den Miniſterial-Konzepts-Adjunkten  
Dr. Peter Paul Weſ, dann die Akture der Wiener Polizeidi  
rektion Joſeph Kubieſka und Franz Steyskal zu Kommiſ  
ſären dieſer Polizeidiſtrektion ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraßau, 6. Mai.

Der Vorschlag den die Pforte zur Vermittelung in der türkischen Frage gestellt geht dahin, daß vom 1. Juni an Syrien durch 1500 Franzosen und eben so vielen Engländern und Russen, also durch 4500 Mann besetzt würde. Wir haben es jedoch hier nach Angabe des Pariser = Corr. der „M.Z.“ noch nicht mit einem officiellen Vorschlage zu thun; es sind officiell vorläufige Eröffnungen, die aber, wenn nichts Unerwartetes dazwischen kommt, jedenfalls zunächst zu der Formulirung mehrerer Vorschläge und endlich zu einer Transaction führen werden.

Das englische Cabinet, heist es in einem Pa-  
ser Briefe, hat bis jetzt noch nicht Eine Eröffnung ge-  
macht, woraus das französische Gouvernement schlies-  
sen dürfte, daß es sich auf irgend eine Transaction in Be-  
treff der Räumung Syriens einlassen werde, obgleich  
es nicht weniger positiv, daß die Pforte selber, wenn  
schon melbeten, einen Transactionsvorschlag in Zusie-  
hung gestellt hat. Wie es scheint, hat das englische Cabin-  
et die Absicht, im letzten Augenblicke, und sobald die En-  
de zur officiellen Berathung gekommen sein wird, seine  
Zustimmung zu einer Transaction zu geben, deren Vor-  
theil jedenfalls eine Verminderung der französischen Armee  
in Syrien sein, daß England somit sich entblende,  
dem, was man schon die Occupation restreinte nennen  
nicht widersehen werde. Die von einem Brüssel-  
Blatte ausgesprengten Gerüchte, die französische De-  
cimationsarmee werde verstärkt werden, und der Co-  
nig von Egypten habe bereits eine militärische Con-  
vention mit Frankreich abgeschlossen, werden als Ge-  
wisse

Conjecturen bezeichnet. Aus Konstantinopel wird geschrieben, daß die Pforte in die eventuelle Occupation von St. Jean d'Acre durch die Engländer eingewilligt habe, und daß englische Marineofficiere der türkischen Flotte beigegeben werden würden.

Wie der „D. A. Z.“ aus Paris geschrieben wird, arbeitet Hr. v. Laguerrière an einer Broschüre, welche den Titel „L'Empire et la Pologne“ führen und den Standpunkt anzeigen würde, von welchem aus die französische Regierung die polnische Frage betrachtet.

In der Interhausung am 3. d. erklärte Lord John Russell in Beantwortung mehrerer Interpellationen: Die Anerkennung der Nationalität der Italiener verpflichtet England keineswegs Polen und Ungarn gegenüber. Ein englischer Minister kann einen Appell an die Waffen nicht empfehlen. Eine diplomatische Intervention würde zu keinem günstigen Ergebnisse führen. Die Berichte des englischen Konsuls aus Warschau kann er nicht mittheilen.

Gr. v. Cavour sucht in Paris noch immer nach einem Bankier, welcher sich der Anleihe von 500 Millionen erbarmen möchte. Rothschild stellt zwei Bedingungen 1) daß Cavour verspricht, den status quo in Italien bis zur völligen Realisirung der Anleihe zu erhalten und 2) daß Frankreich vorher das Königreich Italien anerkennt.

Wo bei anderen Leuten die Gemüthlichkeit aufhört, nämlich in Geldsachen, fängt bei den Helden des neuer Italiens die Verführung an. Man schreibt der „M.P.“ aus Turin: Garibaldi hat sich erst dann zu der Verführungs-Komödie hergegeben, als der König ihm beargrößlich gemacht hatte, daß die Agitation die Anleihe unmöglich machen würde. (Das ist also das Coulissen-Geheimniß der Farce!)

Das „Pays“ glaubt zu wissen, daß Herr v. Baral, sardinischer Gesandter am Bundestag zu Frankfurt, unter dem gleichen Titel als Vertreter des Königs von Piemont an seinem Posten bleiben wird.

Die mit großen Phrasen angekündigte That-  
sache, daß die griechische Regierung das Königreich Italien  
anerkannt hätte, nimmt nach einer Mittheilung des  
„Pays“ sehr geringfügige Verhältnisse an; der pi-  
emonterische Consul in Athen hatte dem dortigen Mi-  
nister des Auswärtigen angezeigt, er habe von Herr  
v. Cavour die Weisung erhalten, den Titel eines Kor-  
suls des Königs von Italien anzunehmen, worauf  
ihm geantwortet wurde, er solle erst das bezüglich  
Diplom vorlegen, der Minister werde sodann bemük-  
t sein, ihm das Equatur zu verschaffen. Diese Zu-  
sage ist es — bemerkt „Pays“ — welche die ita-  
lienischen Blätter zu der Behauptung veranlaßt  
hat, Griechenland habe das Königreich Italien aner-  
kannt.

Nach der „Patrie“ ist ein Vertrag für gegenwärtigen Schutz des literarischen und artistischen Eigenthums zwischen Frankreich und Rußland unterzeichnet worden.

Die erwähnte Mission des Preussischen Consuls in Ragusa, des Hrnn. v. Eickenberg, an den Fürsten von Montenegro wird auch von anderer Seite bestätigt, jedoch in einer Weise, welche die Nachrichten, durch welche derselbe die Weisung erhalten habe, in allen Dingen im Einverständniß mit dem Englischen Consul in Scutari zu verfahren, als unbeanstandet erscheinen lassen.

„Patrie“ meldet, daß auch auf den unter türkischer Herrschaft stehenden griechischen Inseln im Archipel ähnliche Kundgebungen wie kürzlich auf den ionischen Inseln stattgefunden hätten. Die Bewohner unterzeichnen, wie die „Patrie“ beifügt, Petitionen, welche die Annexion an Griechenland zu verlangen. Dessen ward die Ordnung nicht gesört, indem die türkischen Behörden der friedlichen Aeußerung dieser Wünsche kein Hinderniß in den Weg setzten.

In der Sitzung des Oberhauses vom 29. April fragte Malmesbury ob und welche Schritte die britische Regierung gethan, um dem Bürgerkriege in den Vereinigten Staaten (Globe sagt wüthend den „Reunigten Staaten“) von Nordamerika vorzubeugen. Lord Malmesbury erwiderte, England könne der Regierung der Vereinigten Staaten seinen Rath nicht aufbringen, auch habe es mit keiner fremden Regierung über irgend etwas zu thunende Schritte verhandelt.

Aus San Domingo wird gemeldet, daß dortigen Truppen der Königin von Spanien bereit, den Eid der Treue geleistet haben. Die Offiziere erhalten ihre Grade. Nur der General, der bis jetzt die Dominicanische Armee befehligte, hat gegen die Annexion protestirt. Man hat ihm deshalb einen sechsmonatlichen Urlaub bewilligt. Er begab sich nach

maica. Waß den Ex-Präsidenten Santana betrifft, so wurde er zum Senator und General-Capitän, mit San Domingo als Residenz, ernannt.

Wie der „H. B. H.“ aus San Domingo gemeldet wird, war die Annexion schon vor 6 Monaten in Madrid angenommen worden, bien entendu, mit der Zustimmung Frankreichs. Der General Alfau von San Domingo hat diese ganze Angelegenheit in Madrid eingeleitet, und den Tractat unterzeichnet. Der englische Consul ist gar nicht zufrieden, — der amerikanische wartet auf Instruktionen von seiner Regierung, freut sich aber von ganzem Herzen, — der reichste Dominikanerin zur Frau hat, die Erbin von einem Drittel des Bodens der ganzen Republik.

Der „Militair“ schreibt: „Amerikanische Depeschen melden, daß San Domingo den spanischen Behörden übergeben worden ist. Es handelt sich um die ersten von der Republik San Domingo mit dem General-Capitän von Cuba getroffenen Arrangements, die der Sanction der Madrider Regierung gewärtig sind. In anderen Zeiten würde ein solches Ereigniß als ein Attentat auf die Monroe'sche Doktrin in den Vereinigten Staaten die lebhafteste Aufregung erzeugt haben. Jetzt haben die Amerikaner zu viel im eigenen Hause zu thun, um sich sonderlich um die Verletzung einer angeblichen Regel zu kümmern, deren Proclamation übrigens von ihnen allein ausgeht.“

Die „Correspondencia“ vom 30. April sagt: daß Kaiser Napoleon der Königin von Spanien bei Gelegenheit der Wiedereinleibung San Domingo's Glück gewünscht habe.

Ueber Graf Skorupka's Interpellation betref-  
fend die Ausweisungen in Krakau wird dem „Vaterl.  
geschriebener: Eine Anzahl Wiener Blätter bringt al-  
les Wortlaut einer von dem Abgeordneten Graf  
Skorupka im galizischen Landtag gestellten Interpella-  
tion, betreffend die Ausweisung einiger Studenten der  
hiesigen Universität, eine Zusammenstellung maßlos zu-  
nennender Ausfälle gegen den jetzigen Vorstand der  
Krakauer Polizeidirection. „Die „Willkür“ derselben  
kenne keine Grenzen, der Polizeidespotismus sei uner-  
träglich geworden. Ohne die mindeste äußere Be-  
lassung kämen die ärgsten und verwerflichsten Maß-  
nahmen gegen die akademische Jugend vor, man ar-  
tire, weise aus, confine in entfernte Ortschaften, lasse sie  
überhaupt so brutale Mißhandlungen zu Schulde-  
kommen, daß es Zeit wäre, diesem Unwesen endlich zu  
steuern. Die Krakauer Bürger wären dadurch auf-  
gehört beunruhigt, die Jugend werde in ihren Bu-  
chstudien gestört, die Universität sei unbesucht.“  
Dies und noch mehr konnte der Abgeordnete vorbrin-  
gen, ehe ihm durch den Vorsitzenden das Wort en-  
t-  
zogen wurde. Der Minister der Justiz hielt es

ausreichend, diese Anschuldigungen durch die Hinm  
fung auf die Nothwendigkeit, das Uebel im Keime z  
ersischen, zurückzuweisen. Wir vermögen zur Darbun  
der Wichtigkeit der erhobenen Anklage noch folgen  
Thatfachen anzuführen. Graf Skorupka stülzte sein  
Beschuldigungen auf ein ihm von Seiten einiger sein  
Freunde zugekommenes Schreiben, welches dieser un  
sträflichen Maßnahmen erwähne und schleunige Abhil  
fordere. Wir fragen nun, ob die Demonstrationen d  
letzten Tage, welche hauptsächlich von der adabemisch  
Gesellschaft ausgegangen sind, nicht schon die gegen diese

Jugend ausgingen und, nicht wahr die zogen die-  
anglich ergriffenen polizeilichen Maßregeln im vollst-  
Maß gerechtfertigt hätten? Aus Anlaß dieser Demonst-  
tionen ist jedoch auch nicht eine Ausweisung  
folgt. Der Abgeordnete Graf Ekeupla und sei-  
Freunde müssen von dem wahren Sachverhalt vollst-  
men unterrichtet sein, sie müssen es wissen, daß es  
nicht um neue Ausweisungen, sondern nur um die  
Vollstreckung längt verfügt und erst nun, da  
von den Betroffenen hohen Orts eingebrachte Recu-  
abschlägig beschieden worden, in Rechtskraft erwach-  
Ausweisungen handelt, daß von dieser Maßregel n-  
4 Universitäts Hörer, zwei Techniker und  
zwei Gymnasialschüler getroffen wurden, d-  
n. von einer Entbülkerung der Universität keine Rede s-  
können, und daß die erwähnten Verfügungen erst da-  
n, verhängt wurden, als die Excesse der studirenden J-  
gend nicht länger zu dulden waren. Graf Ekeupla  
kennt eben so gut als wir das Sündenregister der  
die ben und es wäre geradezu unbegreiflich, wenn er  
s- aus sich nehmen wollte, das Betragen der Studire-  
den bei den Maifesten des vorigen Jahres, die  
gt len Mißhandlungen des Schulrathes Czertawski, die  
se Einwerfen der Fenster in der Wohnung des Profes-  
se Schubert, die Razzia auf französische Hüte und  
sal-fonischen Straßencresce zu entschuldigen oder gar

Schuß zu nehmen. Unbegreiflich und unbillig ist es aber jedenfalls, daß der jetzige Leiter der Polizeidirektion für Maßregeln verantwortlich gemacht wird, welche vor seinem Amtsantritt verfügt sind. Graf Skorupka weiß und muß es wissen, daß von dem jetzigen Vorstand der Polizei eine Ausweisung noch nicht angeordnet worden ist, Graf Skorupka kann und wird es wissen, daß im Gegentheil über dessen Bemühen die in der Zeit vor seinem Amtsantritt angeordnete Ausweisung von drei anderen Universitätsbüchern, vier Technikern und einem Gymnasialisten wieder aufgehoben worden ist. Dies ist einfach die Geschichte der Krakauer Polizeimaßregeln. Wir wiederholen es: nur wegen Straßenunfugs und wegen der an den eigenen Vorgesetzten verübten Gewaltthätigkeiten sind die jetzt zur Ausführung gekommenen Ausweisungen erfolgt.

Ueber denselben Gegenstand lesen wir in einem der „Don. Z.“ vom 29. v. M. zugegangenen Schreiben: Seit einiger Zeit durchlaufen die Blätter Berichte über Ausweisung hiesiger Studenten. Im Interesse der Wahrheit erlaube ich mir Ihnen ausführlicher über die Angelegenheit zu berichten. Schon seit beiläufig einem Jahre begannen die Bestrebungen der polnischen Sonderpartei und die Umtriebe in Posen und Warschau zu Tage zu treten. Gleichzeitig wurde versucht, die Gaden von dort aus nach Galizien herüberzuspinnen. Der Zweck war kein anderer, als an die Seite der italienischen eine polnische Frage zu escomptiren. An Elementen für dieselbe fehlte es aber in Galizien, wo bei der Treue seiner Bewohner von Lösungsgelüsten keine Rede ist. Es erübrigte also nichts Anders als die leicht empfängliche Jugend zum Gegenstande der Experiments für diese Agitation zu machen. Und leider blieb dieses Streben nicht ohne Erfolg! die Vorgänge in Warschau wirkten auch auf Krakau und Lemberg zurück, und bald sah man einen Theil der studierenden Jugend namentlich in Krakau von den Netzen der Agitatoren umgarnt, und in die Bewegung hineingezogen; wie dies die tumultuarisch begangenen Feste, der Angriff auf den Schulrath Gzrkawski, das Singen revolutionärer Lieder zc. beweisen. Die Behörden in Krakau traten dagegen auf, und es fanden mehrere Ausweisungen von Studierenden statt, die aber da dem Recursrecht Platz eingeräumt wurde, erst jetzt nachdem die Berufungen auch von den höhern Behörden zurückgewiesen worden sind, vollzogen wurden. Wie maßvoll sich dabei die Krakauer Sicherheitsbehörde benommen hat, erweist vor Allem der Umstand, daß bis jetzt, wie wir mit Bestimmtheit wissen, im Ganzen nur 4 Universitäts Hörer, 2 Techniker, und 2 Gymnasialisten ausgewiesen worden sind; der gegenwärtig Polizeidirector Hofrath Päämann selbst hat nicht nur die Ausweisung keines einzigen Studenten in Antrag gebracht, sondern es sind im Gegentheile auf sein Bemühen die in der Zeit vor seinem Amtsantritte angeordneten Ausweisungen von 3 andern Universitäts Hörern, 4 Technikern und 1 Gymnasialisten wieder aufgehoben worden. Angesichts dieser Sachlage ist nur zu bedauern, daß überhaupt in den Sitzungen des galizischen Landtages vom 24. und 25. April die Excurpation'sche Interpellation nicht sogleich gehörig beleuchtet und auf ihr Nichts zurückgeführt wurde.

△ **Wien**, 3. Mai. Die Kaiserrede vom 1. Ma  
 welche nunmehr in allen Hauptstädten der Monarch  
 ihrem vollen Inhalte nach bekannt sein wird, ist zu  
 nächst an den Reichsrath, aber zugleich an alle Län  
 der und Völker, die unter dem Scepter des Haus  
 Oesterreich zu Einem Reiche vereint sind, gerichte  
 Sie kennen nun alle das gleiche Maß der Liebe, w  
 mit der Kaiser alle seine Völker umfaßt, kennen se  
 sich seinen festen und unabänderlichen Willen, durch fre  
 Institutionen unter gewissenhafter Wahrung und Durc  
 führung der Grundsätze der Gleichberechtigung alle  
 Völker des Reiches, der Gleichheit aller Staatsbürg  
 vor dem Gesetze und der Theilnahme der Volkstrep  
 teter an der Gesetzgebung das Heil der Gesamt  
 monarchie dauernd zu begründen und deren Wohlfa  
 hrt und Macht einer immer höheren Stufe entgegenzuff  
 ren. Sie müssen aber auch, alle diese Völker, d  
 dargereichte Hand des Kaisers mit dem wärmste  
 Dank und dem lebendigsten Pflichtgefühle ergreife  
 und seiner Erwartung, daß sie zur Befiegung alle  
 Schwierigkeiten Willigkeit und eine verschönlite Ein  
 stimmung sich aneignen werden, vollkommen entspreche  
 damit durch Steigerung des Wohles und der Ma  
 der Gesamtmonarchie das Heil jedes einzelnen Lan  
 des verbürgt, gesichert und vermehrt werde. Vor A  
 lem ist es nothwendig, daß allenhalben das Blen  
 derk einer separaten staatlichen Existenzfähigkeit un  
 einer sogenannten Personalunion oder einem ihr äh



lichen Verhältnisse zu den übrigen Theilen des Reiches, als das erkannt werde, was es ist, nämlich als Verleitung zum Hochverrathe. Wer ferner daran arbeiten sollte, dieses verblendete Blendwerk irgendwo durchzuführen, der würde die Gesamtverfassung, welche der Monarch in der Thronrede als das unantastbare Fundament Seines einigen und untheilbaren Kaiserthums erklärt hat, verletzen, würde den Bestand der Monarchie und die Rechte aller ihrer Länder und Völker angreifen, und gegen sich die ganze Macht des Kaisers freventlich herausfordern.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

**Abgeordnetenhaus.** Sitzung vom 3. Mai. Die Sitzung wird um 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank Pratoberera, Caffer, Müllerstorf, später erscheint Schmerling. Vize-Präsident von Hasner übernimmt das Präsidium, da Dr. Hein sich entschuldigen läßt.

Auf der Tagesordnung ist zunächst der Antrag Giskras auf Erlass einer Adresse an den Kaiser und Wahl eines Ausschusses aus den Abtheilungen zum Entwurf. Ein galizischer Abgeordneter (Pfarrer Woschenski) widersetzt sich der sofortigen Abstimmung über Zulassung oder Nichtzulassung des Antrages, da die polnischen Abgeordneten noch fehlen, nicht durch ihre Schuld, sondern weil eben in diesen Tagen ein Fest der griech. Kirche gefeiert werde. Die Katholiken aus Galizien seien ausgeblieben, um den Griechen nicht zuvorzukommen (!). Nachdem Mühlfeld erinnert hat, daß die Erledigung der Vorfrage noch nicht Behandlung der Sache selbst sei, durch die erstere die Rechte der Abwesenden nicht tangirt und nach den Bestimmungen der Geschäfts-Ordnung bis zur definitiven Erledigung, d. h. Annahme einer Adresse, Zeit genug vergehen werde, und den Polen den Eintritt zu ermöglichen, constatirt Bischof Litwinowicz, daß keineswegs alle Galizier noch fehlen, vielmehr gerade Griechen größtentheils anwesend seien, mithin die Rücksicht auf das Fest wohl nicht der wahre Grund des Ausbleibens der Uebrigen sein könne. (Bravo!) Der polnische Abgeordnete, welcher den Uebrigen gleichsam als Quartiermacher vorausgeeilt zu sein scheint und ganz allein auf der äußersten Rechten sitzt, entgegnet hierauf nichts. Die sofortige Behandlung und die Dringlichkeit des Antrages wird von der Majorität bejaht.

Bei der folgenden Verhandlung über den Modus des Entwurfs entspinnt sich abermals eine Debatte über die abwesenden polnischen Abgeordneten. Giskra zieht den zweiten Theil seines Antrages, Bildung eines Ausschusses aus den Abtheilungen, zurück, da die Abtheilungen noch nicht bestehen. Herbst beantragt ein Comité von 20 Mitgliedern. Rieger erklärt diese Anzahl für zu groß und will nur 7 bis 9 Mitglieder, auf Kuranda's Bemerkung, daß die Zahl 13 durch die Zahl der zu bildenden Abtheilungen gerechtfertigt erscheine, versteht er sich äußersten Falls zu 13. Brauner will im Interesse der Polen Vertagung, Kuranda will die Zuziehung der polnischen Abgeordneten offen gehalten wissen, läßt aber den Antrag auf den Wunsch seiner Parteigenossen zurück, worauf Brauner denselben derart aufnehmen will, daß heute acht Mitglieder ernannt, die Wahl des neunten bis nach Ankunft der Polen verschoben werden soll. Das Haus verlegt die Zustimmung zur Wiederaufnahme des Antrages, ohne welche ihm diese nach der Geschäfts-Ordnung nicht zusteht. Es wird die Wahl von neun Mitgliedern beschlossen und während einer Pause zur Ausführung der Stimmzettel geschritten.

Giskra faßt die Motivirung seines Antrages kurz. Da der gleiche Antrag von drei Seiten gestellt sei, lasse sich ohnehin die Uebereinstimmung der Versammlung annehmen; auch würde diesmal, wenn die Beantwortung der Thronrede nicht überhaupt Pflicht der Höflichkeit und constitutioneller Brauch wäre, eine solche durch die Wichtigkeit des Moments und die hohe Bedeutung der Thronrede geboten sein. Er habe nicht den Inhalt der zu erlassenden Adresse anzudeuten, aber den Gedanken der Antragsteller. Der Kaiser habe die freisinnigen Grundsätze verkündigt, nach welchen fortan regiert werden solle, es sei Pflicht eines jeden Abg., eines jeden Patrioten diesen Grundsätzen durch welche Welt- und Machtstellung Oesterreichs, seine Größe nach außen und seine Freiheit im Innern gesichert werden, freudig zuzustimmen. Brauner zieht seinen eigenen Adresseantrag zurück, und behält sich vor, die Differenzpunkte bei der Debatte in Form wie Amendements vorzubringen. Die Versammlung genehmigt die Einbringung des Mühlfeld'schen Antrages bezüglich der Geschäfts-Ordnung und der Präsident setzt denselben auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Sodann kommt der Prazak'sche Antrag an die Reihe, das Haus möge auf Grundlage der Kronlandsvertretung dreizehn Abtheilungen bilden, so daß von 54 Abgeordn. Böhmen vier auf jede Abtheilung kommen, von den Niederösterreichern je einer und so fort. Auf den Antrag des Grafen Gleispach substituit Prazak die Zahl neun, damit eine weniger große Anzahl von Abtheilungen erzielt werde. Giskra dagegen verlangt die Auflösung des Hauses in neun Abtheilungen. Was den Antragsteller Prazak grade zu jenem Modus bestimmte, die Rücksicht auf die Vertretung der einzelnen Kronländer in den Abtheilungen, veranlaßt eben Giskra denselben zu bekämpfen, der Reichsrath sei keine Provinzial- sondern eine Reichsvertretung. Glam-Martini warnt, nicht fortwährend bei formellen Anlässen die wichtigsten Prinzipienfragen zu berühren, welche früh genug an die Reihe kommen würden. Ihm scheint Prazak nur die Absicht gehabt zu haben, in jede Abtheilung Männer zu bringen, welche Kenntniß der verschiedenen Länder mitbrächten. Und dadurch können die Arbeiten der

Abtheilungen nur gefördert werden. Wiser (aus Oberösterreich) äußert sich in gleichem Sinne; es könne nicht davon die Rede sein, zuerst das Reich, dann die einzelnen Länder, beide stünden auf gleicher Linie. Für Giskras Antrag und direct gegen Wiser ergreift Brinck (Böhmen) das Wort. Man sei hier beisammen, um gemeinsame Angelegenheiten zu beraten, für die besondern seien die Landtage da. Prazak wolle die Trennung nach Nationalitäten in die Abtheilungen verpflanzen. Hopfen (Mähren) in demselben Sinne. Seine Erwähnung des „Separatismus“ ruft lebhafteste Proteste auf der rechten Seite hervor, welchen Rieger und Klauy“ bestimmten und scharfen Ausdruck geben. Auch die Böhmen wollten ein einiges und großes Oesterreich, aber nicht mit Vernichtung der provinziellen Autonomie. Sie stünden auf dem Boden des Diploms und der Thronrede, welche Anderen unbequem sein möchten; wenn die andere Seite des Hauses den Absichten Er. Maj. widerstrebe... (Murren und Ruf zur Ordnung.) Auf den allgemeinen Ruf: „Zum Schluß wurde der Antrag Dr. Prazaks zur Abstimmung gebracht und mit Majorität angenommen. Hierbei ist zu bemerken, daß auch die drei anwesenden Minister für den Antrag stimmten.“

**Vierte Sitzung des Abgeordnetenhauses.** Anfang 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr. Präsident Dr. Hein. Auf der Ministerbank: Rechberg, Schmerling, Caffer, Pratoberera, Plener, Müllerstorf, Mecebery. Nach Verlesung des Protocolls der letzten Sitzung theilte der Präsident die Ergebnisse der gestrigen Wahl für den Adreßauschuß mit. Es wurden 161 Stimmenzettel abgegeben. Die absolute Majorität von 82 Stimmen erhielten nur 6 Abgeordnete: Dr. Giskra (128 St.), Hr. v. Pillerstorf (121), Rieger (103), Litwinowicz (100), Wieser (95), Mühlfeld (92). Zunächst erhielten die Stimmen: Smolik (76), Herbst (72), Lapenna (60). Die Versammlung beschließt: Die Ergänzungswahl und das Scrutinium sogleich vorzunehmen und sich das Ergebnis unmittelbar nach beendigtem Scrutinium bekannt geben zu lassen.

Nachdem der Präsident das Ergebnis der Auslösung für die neuen Abtheilungen mitgetheilt, verliest er eine Interpellation von Dr. Waideln und Genossen an den Finanzminister. Diese lautet: 1) Wie weit sind die mehrjährigen Verhandlungen zu einer gleichmäßigen directen Besteuerung gediehen. 2) Welches ist das Ergebnis der Commission zur Prüfung des Besteuerungsmodus von geistigen Getränken statt der bisherigen des Maßraums nach ihrer Grathaltigkeit. 3) Welche Anstalten sind für die zur Förderung der landwirthschaftlichen Cultur notwendige Preisherabsetzung des Viehsalzes getroffen? Minister Plener erklärt, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Staatsminister v. Schmerling ergreift nun das Wort zur Erklärung. Er habe sich zur Bestimmung eines Tages für die Beantwortung der an ihn gestellten Interpellation bezüglich Ungarns deshalb nicht verpflichtet gehalten, weil ihm diese erst unmittelbar vor der Sitzung übergeben wurde. Er erklärt sich übrigens zur Beantwortung bereit und werde den Beratungen des Adreßauschusses beiwohnen, um ihm hierüber alle erforderlichen Aufklärungen zu geben, und er stelle es der Versammlung anheim, diese Aufklärungen vom Auschuß entgegenzunehmen oder sie sich von ihm (dem Minister) wiederholen zu lassen. Diese Erklärung Schmerlings wird beifällig aufgenommen.

Hierauf gelangt der Antrag des Dr. Mühlfeld und Gewissen wegen Ueberantwortung der Geschäfts-Ordnung an einen Auschuß zur ersten Lesung, und der Antragsteller erhält zur Begründung desselben das Wort. Nachdem der Redner zuerst ausführt, daß die Geschäfts-Ordnung ein Gesetz ist, sowohl wegen vielfacher Bestimmungen, die sie enthalte, als auch weil sie von der Regierung als ein solches angesehen werde, und daher der verfassungsmäßigen Mitwirkung bedürfe, weist er auf die Nützlichkeit der provisorischen Beibehaltung der octroyirten Geschäfts-Ordnung hin. Schließlich sucht er auch die Vorzüge seines Antrages gegenüber jenen Herbst's hervorzuheben. Die Versammlung erklärt sich mit Ausnahme der Minister für die Ueberweisung des Antrages an den Auschuß.

Es erhält nun der Abgeordnete Herbst das Wort, zur Begründung seines Verbesserungsantrages. Dr. Herbst erklärt zuvörderst, er halte die Geschäfts-Ordnung für kein Gesetz. Der Mühlfeld'sche Antrag mag zweckmäßiger sein, aber in Verfassungsangelegenheiten soll vor Allem der Rechtsstandpunkt gewahrt werden, umso mehr, wenn es sich um eine so wichtige Frage handelt. Schließlich verlangt der Antragsteller, daß sein Antrag gemeinschaftlich mit dem Mühlfeld'schen vom Auschuße behandelt werde. Die Versammlung beschließt mit überwiegender Majorität die Uebermittlung an den Auschuß. Auch für diesen Antrag erhebt sich kein Minister.

Der Präsident theilt nun das ihm in der Zwischenzeit bekannt gegebene Resultat der Ergänzungswahl mit. Nur für 2 Mitglieder wurde eine absolute Majorität erzielt. Es erhielten von 162 Stimmen: Lapenna 110, Dr. Rechbauer 109. Nachst diesen erhielten: Smolik 71, Herbst 71. Da eine abermalige Wahl wieder resultatlos bleibt, wird zur engern Wahl geschritten, aus der Dr. Herbst als neuntes Mitglied hervorgeht. Schluß der Sitzung 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Landtags-Angelegenheiten.

In Ungarn sind Ereignisse eingetreten, welche den Landtag zu einem ganz entscheidenden Schritte aufzufordern scheinen. Die Regierung hat nämlich ihren Entschluß kundgegeben, die Steuer auf dem Wege der militärischen Execution einzutreiben und sie hat damit

auch an vielen Orten Ungarns gleichzeitig begonnen. Einige Komitate haben zwar dagegen Protest erhoben, aber diese wurden durchaus nicht berücksichtigt. Nun hat die Partei Nyary-Teleki auf dem Landtage den Gedanken angeregt, vor allem anderen, bevor noch auf die Adreßdebatte oder die königlichen Propositionen eingegangen wird, einen Beschluß zu fassen, welcher die executive Einhebung der Steuer als ungesetzlich erklären würde. Es ist sogar möglich, daß bereits betreffende Anträge im Landtage gestellt werden, obgleich die gemäßigste Partei aus Kräften dagegen arbeitet und fortwährend die Politik der Bzgerung vertheidigt.

In der Unterhausung vom 3. d. kam nämlich die Angelegenheit des Komitats zur Verlesung, daß es von der Verordnung der k. k. Finanzbehörde hinsichtlich der rückständigen Steuer kaum Kenntniß erhalten habe, als auch schon zwei Kompagnien Grenzer nach Groß-Becskerek einrückten. Sie forderten die Rückzahlung der Steuerrückstände von 1860 und der halbjährigen Steuer von 1861 und bieten der Bevölkerung nur 6 Stunden Bedenkzeit. Das Comitai protestirt gegen dieses Verfahren und erklärt sowohl die Urheber als die Vollstrecker dieser Verordnung für die möglicherweise daraus entspringenden Folgen verantwortlich. Zugleich richtet das Comitai an den Landtag die Bitte, er möge schleunigst dafür sorgen, daß die Organe der Wiener Regierung nicht mehr in ungarische(?) Angelegenheiten mischen. Das Haus beschloß diese Petition in der nächsten beschlossenen Konferenz in Beratung zu ziehen. Schließlich macht der Präses die Anzeig., daß nunmehr alle Verificationsarbeiten erledigt sind, die Wahlen zweier Deputirten ausgenommen, über welche die Commission noch keinen Bericht erstattet hat. Er bittet die Commissionsmitglieder, sich noch denselben Nachmittag zu versammeln, damit auch diese beiden Mitglieder bei nächster Gelegenheit verständig werden können. Schließlich stellte er folgenden Antrag: Morgen könnte in Folge des Vorontaler Schreibens vielleicht über die Steuerfrage und andere Gegenstände eine geschlossene Konferenz oder Sitzung gehalten werden, so daß dann die übrigen großen Angelegenheiten des Landtages zur Sprache kommen könnten. Nach dieser Konferenz könnte, wenn noch Zeit übrig bleibt, eine öffentliche Sitzung stattfinden. Demgemäß wird eine geschlossene Sitzung abgehalten werden, deren Gegenstand die Steuerfrage und das Budget des Hauses sein wird.

Das Preßburger Comitai hat ein Vertrauensvotum an Franz Deak erlassen, in welchem gesagt wird, Deak zeige, streng und unerschütterlich in seinen Principien, unerschütterlich an geistiger Größe, nicht zu einer Partei, sondern über den Parteien stehend, der Nation „mit der Fackel der ewigen Wahrheit den Pfad, der zum Aufblühen unserer constitutionellen Zukunft führt.“... „Seine Vergangenheit ist uns ein offenes Buch, seine Gegenwart ein blendendes Beispiel eines wahren weissen Patrioten, beide zusammen aber das werthvollste Unterpfand deiner Zukunft.“ Diese Kundgebung ist um so beachtenswerther, als in Pest bekanntlich Deak's Ansehen im Sinken ist und sogar schon von einem Mißtrauensvotum für ihn die Rede war.

Agram, 3. Mai. Der Ban ist mit der durch die Landtagsdeputation zu überreichenden Repräsentation wegen Vertretung der Militärgrenze am Landtag, sogleiche Aufhebung der Militärjurisdiction in Zugg und Anschluß Dalmatiens, soeben nach Wien abgereist. Die meisten der zur Deputation nicht gehörigen Landtagsmitglieder, mit Ausnahme der zu Komitatsberatungen zurückgebliebenen, haben sich auf die Dauer der Ferien in ihre Heimath begeben.

Der „Gaz“ meint, die Wiener Blätter seien im Irrthum befangen, welche glauben, die galizischen Abgeordneten würden schon Montag (heute) in Wien eintreffen. Zunächst ergibt sich aus der Bemerkung des „Gaz“, daß die noch säumigen Reichsraths-Abgeordneten unseres Kronlandes an einem anderen Tage die Reise nach Wien antreten werden. Oder will der „Gaz“ mehr sagen und von wannen kommt ihm diese Wissenschaft? Kennt er denn die Absichten jedes einzelnen Abgeordneten oder wagt er die ehrenrührige Andeutung, daß diesfalls eine ihm bekannte Verabredung getroffen sei?

## Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 5. Mai.** Die Abreise Er. Maj. des Kaisers nach Triest ist nun für die nächste Woche definitiv festgesetzt. Ihre k. Hoheiten die Frauen Erzherzogin Sophie und Marie werden dem Vernehmen nach die von Madeira zurückkehrende Kaiserin in Graz begrüßen.

Zur Erinnerung an die feierliche Eröffnung des Reichsrathes durch Se. Maj. den Kaiser haben mehrere Wiener Bürger den Beschluß gefaßt, eine Sammlung zu veranstalten zu dem Zwecke, das Erträgniß derselben für die Pflege der Kinderbewahranstalt in der Alservorstadt zu verwenden, und zwar derart, daß aus den Interessen der eingegangenen Summe am 1. Mai die Vorzüglichsten und Bedürftigsten dieser Anstalt theilhaft werden sollen.

Das Reichsrathsgebäude, welches für das Herrenhaus und für das Abgeordnetenhaus auf dem Schottenthore und dem ehemaligen Fischertore erbaut werden soll, dürfte noch heute in Angriff genommen werden. Für den besten Bauis wird ein Preis ausgeschrieben.

Dem Director des reichsräthlichen Stenographen-Bureau, Leopold Conn, wurde rüchlich seiner belobten Leistungen zur Durchführung des Lehrkurses der Stenographie für die Wiener Garnison der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit zu Theil.

Der Fürstbischof von Brixen, Vincenz Caffer, wird in ein paar Tagen hier eintreffen. Für die Dauer seines Aufenthaltes während des Reichsrathes haben die barmherzigen Brüder sich die Ehre erbeten, daß er seine Wohnung in ihrem Kloster nehme.

Dem Vernehmen nach hat Se. Majestät der Kaiser der Witwe Bruck's einen Gnadengehalt von 3000 Gulden zu bewilligen geruht.

Die Fürsten Alexander und Ernst Czartorvski sind nach Lemberg abgereist.

Die Studirenden der Wiener Universität haben bei dem Rector magnificus um die Ausfolgung sogenannter „Studentenkarten“ angefleht. Wie uns mitgetheilt wird, haben beim Professoren-Collegium bereits Verhandlungen über diesen Gegenstand stattgefunden und es sollen sich zwei Parteien gebildet haben, von denen die eine dem Wunsche der Bittsteller entsprechen will, während die andere Partei die Ansicht ausgesprochen haben soll, daß die jüngst stattgefundenen Straßendemonstrationen keinen Anlaß zur Bewilligung dieses Geluches geben.

„Magyarorszag“ läßt sich aus Groß-Becskerek vom 1. Mai schreiben: Am 29. v. M. rückten zwei Bataillone Schaktsisten hier ein und je 8—10—13 Mann quartirten sich in den Häusern der vornehmen Bewohner ein. Sie hatten Befehl ihre Waffen zu gebrauchen, wenn der Herr der betreffenden Wohnung eigens eine Bemerkung machen sollte. Mittlerweile überraschten 20—24 Gendarmen den städtischen Magistrat, nahmen die Protokoll- und Steuerbücher weg, die sie der k. k. Finanzlandesdirektion übergaben. Obgleich die Bevölkerung sich ruhig und geduldig verhielt, rückten später noch einige Compagnien in die Stadt.

Von der siebenbürgischen Grenze wird der „M. C.“ ein eigenthümliches Factum berichtet. Der Obergepan des Zarander Comitats, ein Rumäne, Namens Pipo, hatte die Constituirung dieses mit Ungarn einzuverleibenden Comitats ganz nach Vorschrift der 1848er Gesetze vorgenommen, nur hatte er, da die weitaus überwiegende Mehrzahl des Comitats aus Rumänen besteht, dem Beschlusse der constituirenden Comitatsversammlung, die Protokolle in rumänischer Sprache zu verfassen, keine Einwendung entgegengelegt. Da beschlossen nun die ungarisch-siebenbürgischen Autoritäten in Wien, zur Vermeidung jeden Kompetenzconflictes, der lediglich zur Durchführung der Reincorporirung der sogenannten partes reapplicatas nach Ungarn entsendeten jeder administration und disciplinären Machtvollkommenheit entsendeten Commission (Hrn. v. Karap, B. Apór usw.) den Auftrag zu geben, den Hrn. v. Pipo, welcher die ungarischen Freiheitsideen etwas zu naiv aufgefaßt hatte, vom Amte zu suspendiren. Die Herren reisten auch wirklich nach Körösbánya, suspendirten den Obergepan und — wußten sich für den Augenblick keine andere Hilfe, als: die bereits aufgehobenen k. k. Bezirksämter wiederherzustellen!! — Die Stadtgemeinde Karloburg hat dem nunmehr abgetretenen k. k. Kreis hauptmann Nechay — einem Fremden — das Ehrenbürgerrecht verliehen.

## Deutschland.

Der preussische Antrag vom 2. d. M. betreffs der Bundeskriegsverfassung soll näher dahin formulirt sein: Die Artikel XII bis XVI für den Fall zu suspendiren, daß Oesterreich und Preußen oder einer von beiden Staaten mit seiner Gesamt-Heeresmacht vereint mit den übrigen Bundes-Streitkräften Krieg führen. Verständigung über die Ueberleitung, Eintheilung der vereinigten Streitkräfte und Ausübung der kriegsherrlichen Rechte des Bundes soll Oesterreich und Preußen vertrauensvoll anheimgestellt werden, welche aber für ihre Verabredungen über das Bundesheer die Zustimmung des Bundes einzuholen haben.

Nach Berichten aus Karlsruhe, vom 3. Mai, ist Freiherr von Rogenbach zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Justizminister Stabel gleichzeitig zum Ministerpräsidenten ernannt.

## Frankreich.

**Paris, 1. Mai.** Das Ereigniß des Tages ist die Haufe an der Börse, welche der gestern stattgehabten Generalversammlung des Credit mobilier auf dem Fuße folgte. Rente stieg auf 69.20, und der Mobilcredit überstieg den 700er! — Der „Moniteur“ veröffentlicht bereits heute den gestern Abend von Hrn. Jaak Pereire verlesenen Rechenschaftsbericht. Diese ganz ungewöhnliche Eile wird auf Rechnung der im Journal „le Monde“ veröffentlichten Pseudorede des Directors der Creditanstalt geschrieben. Was die authentische Rede des Hrn. Jaak Pereire betrifft, so beschäftigt sie die Vertheilung einer Superdividende von 25 Fr. (also im Ganzen 50 Fr.). Dagegen ist von den 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen für den Reservefonds, von welchen man so erstaunlich erzählt, nichts ersichtlich. Im Gegentheil, die große Creditanstalt vom Vendome-Platz betritt das Verwaltungsjahr 1861 mit einem Verbleib von ... Achttausend Franken!! Zum Schluß kündigte Hr. Pereire seinen Actionären, daß er beabsichtige, 100 Millionen „Credit-Mobilier-Obligations“ auszugeben, angeblich um damit auf dem Markte herrenlose Actien des Credit mobilier und der Eisenbahnen einzukaufen. Doch fragt man sich, ob die Regierung dieser Combination die hohe obrigkeitliche Bewilligung erteilen wird. — Prinz Napoleon ist nach seiner Besichtigung in der Schweiz abgereist. — Dupin der Ältere ließ eine Broschüre in Erwiderung auf die Humane'sche drucken, worin er die Orleans, seine Wohltäter, aufs Allerrücksichtslofste beschimpft. Ein letzter Rest von Schicksalsgefühl und Scham hielt den Verfasser ab, sein Werk im Buchhandel zu veröffentlichen; er begnügte sich, die geringe Auflage an seine Freunde und allerneuesten Gönner zu vertheilen. — In den Departements herrscht fortwährend große militärische Thätigkeit. Die Wahlen für die Generalräthe sind auf den 10. Juni festgesetzt. Man versichert, daß







3. 382 pr. Eine Accessisten-Stelle (2715. 3)  
mit dem Gehalte jährlicher 420 fl. 5. W. im Falle der  
graduellen Vorrückung aber mit jährlichen 367 fl. 50  
kr. 5. Währ. ist bei dem Krakauer k. k. Landesgerichte  
erledigt.

Zur Besetzung dieser Stelle wird der Concurs mit  
der Frist von vier Wochen vom Tage der dritten  
Einfachung in das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“  
hiemit ausgeschrieben, und die Competenten zur Ueber-  
reichung ihrer Gesuche nach Anordnung des kais. Pro-  
tolls vom 3. Mai 1853 (Nr. 81 des R. G. B.)  
aufgefordert.

Krakau, am 27. April 1861.

Nr. 1429. Kundmachung. (2710. 3)

Bei der am 30. April 1861 erfolgten sechsten Ver-  
losung der Grundentlastungs-Schuldverschreibungen des  
Großherzogthums Krakau wurden nachfolgende Schuld-  
verschreibungen mit Coupons zur Rückzahlung gezogen,  
und zwar:

à 50 fl.

Nr. 42.

à 100 fl.

Nr. 26 69 85 234 324 491 und 787.

à 500 fl.

Nr. 12.

à 1000 fl.

Nr. 70 138 495 517 547 558 568 694 830  
und 847.

à 10000 fl.

Nr. 6 mit dem Theilbetrage von 4750 fl.

Vorstehende Schuldverschreibungen werden mit den  
verlosten Capitalbeträgen sechs Monate vom Verlosungs-  
tage an gerechnet, bei der k. k. Grundentlastungsfonds-  
kasse in Krakau unter Beobachtung der diesfalls bestehen-  
den Vorschriften ausbezahlt, welche Kasse zugleich für  
den unverlosten Theil der Schuldverschreibung Nr. 6 über  
10000 fl. neue Schuldverschreibungen im Nominalwerthe  
von 5250 fl. ausstellen wird.

Innerhalb der letzten drei Monate vor dem Einlö-  
sungszeitpunkte werden die verlosten Schuldverschreibungen  
auch von der priv. österr. Nationalbank in Wien  
escomptirt.

Ferner werden in Folge Erlasses des h. Ministeriums  
des Innern vom 15. Juni 1858 Z. 13096 die am  
30. October 1858, dann am 30. April und am 31.  
October 1859, endlich am 30. April 1860 verlosten und  
seit dem Rückzahlungstermine das ist seit 1. Mai und  
1. November 1859, dann 1. Mai und 1. November  
1860 nicht eingelösten Schuldverschreibungen, und zwar:

A. Die am 30. October 1858 verlosten Schuldver-  
schreibungen mit Coupons

über 100 fl.: Nr. 1 101 und 602.

über 1000 fl.: Nr. 139 und

über 5000 fl.: Nr. 22.

B. Die am 30. April 1859 verlosten Schuldver-  
schreibungen mit Coupons

über 100 fl.: Nr. 249,

über 500 fl.: Nr. 162,

über 1000 fl.: Nr. 122 und 406.

C. Die am 31. October 1859 verloste Schuldver-  
schreibung mit Coupons

über 500 fl.: Nr. 60 mit dem Theilbetrage von 400  
fl. und

D. Die am 30. April 1860 verloste Schuldver-  
schreibung mit Coupons

über 1000 fl.: Nr. 332 neuerdings mit der Verwar-  
nung kundgemacht, daß die Verzinsung der ad A. er-  
wähnten Schuldverschreibungen mit dem 1. Mai 1859,  
jener ad B. mit dem 1. November 1859, jener ad C.  
mit dem 1. Mai 1860 und jener ad D. mit dem 1.  
November 1860 aufgehört hat, und daß falls dennoch  
die Coupons von diesen Schuldverschreibungen von Seite  
der priv. österr. Nationalbank in Wien eingelöst werden  
sollten, die diesfälligen Beträge vom Capitalbetrage bei  
Auszahlung desselben in Abzug gebracht werden.

Von der k. k. Grundentlastungsfonds-Direction.

Krakau, am 30. April 1861.

3. 1430. Kundmachung. (2711. 3)

Bei der am 30. April 1861 erfolgten sechsten Ver-  
losung der Schuldverschreibungen des Grundentlastungs-  
fonds für Westgalizien wurden zur Rückzahlung gezogen:  
Schuldverschreibungen mit Coupons

à 50 fl.

Nr. 309 415 545 763 1229 1434 1996 2644  
und 3036.

à 100 fl.

Nr. 878 1365 1380 1513 mit dem Theilbetrage von  
50 fl., 1748 2042 2356 2702 4807 4944 5247 5687  
5918 5928 5933 6127 6206 6948 7147 7798 7848  
7895 8075 8174 8306 8374 8839 8878 9159 9653  
10404 10555 11117 11604 11621 11630 11802  
12317 12472 12645 12682 und 12788.

à 500 fl.

Nr. 435 558 568 806 1163 1167 1524 1727  
2503 2979 3190 und 3226.

à 1000 fl.

Nr. 529 949 1610 1635 1751 2593 2725 2739  
3235 3395 4240 4598 4599 5448 5451 5500 5891  
6062 6175 6516 6567 6614 7427 7548 7755 7798  
7837 8042 8252 8349 und 8429.

à 5000 fl.

Nr. 253 306 363 474 563 623 851 893 u. 964.

à 10,000 fl.

Nr. 248 374 und 840.

Schuldverschreibungen Lit. A.

Nr. 366 über 6160 fl., Nr. 1170 über 2060 fl.,  
Nr. 1355 über 3450 fl., Nr. 1794 über 400 fl., Nr.  
1801 über 2000 fl., Nr. 1837 über 3120 fl., Nr.  
1968 über 1800 fl., Nr. 2322 über 50 fl. und Nr.  
2454 über 400 fl.

Vorstehende Schuldverschreibungen werden mit den  
verlosten Capitalbeträgen sechs Monate vom Verlosungs-  
tage an gerechnet, bei der k. k. Grundentlastungsfonds-  
kasse in Krakau unter Beobachtung der diesfalls bestehen-  
den Vorschriften ausbezahlt, welche Kasse zugleich über  
den unverlosten Theil der Schuldverschreibung Nr. 1513  
über 100 fl. eine Schuldverschreibung über 50 fl. aus-  
stellen wird.

Innerhalb der letzten drei Monate vor dem Einlö-  
sungszeitpunkte werden die verlosten Schuldverschrei-  
bungen auch von der priv. österr. Nationalbank in Wien  
escomptirt.

Ferner werden in Folge Erlasses des h. Ministeriums  
des Innern vom 15. Juni 1858 Z. 13096, die am  
30. October 1858, 30. April und 31. October 1859,  
dann am 30. April 1860 verlosten, und seit dem Rück-  
zahlungstermine, das ist seit 1. Mai und 1. November  
1859, dann seit 1. Mai und 1. November 1860 nicht  
eingelösten Schuldverschreibungen, und zwar

A. Die am 30. October 1858 verlosten Schuldver-  
schreibungen mit Coupons

über 50 fl.: Nr. 714 847 1066 und 1685.

über 100 fl.: Nr. 2201 2704 4039 4105 4304 4453

5206 5666 5601 6161 6883 6959

7831 7892 8490 9160 9188 und

9632.

über 500 fl.: Nr. 10 und 856.

über 1000 fl.: Nr. 510 1222 4590 und 5059.

über 5000 fl.: Nr. 670.

Schuldverschreibungen Lit. A.

Nr. 1728 über 90 fl.

B. Die am 30. April 1859 verlosten Schuldver-  
schreibungen mit Coupons

über 50 fl.: Nr. 1033 1603 und 2566.

über 100 fl.: Nr. 160 1799 2553 4409 4672 5064

5348 6637 6875 7747 8580 u. 9100.

über 500 fl.: Nr. 850 und 1498.

über 1000 fl.: Nr. 209 2664 2908 und 4871.

Schuldverschreibungen Lit. A.

Nr. 1498 über 240 fl.

C. Die am 31. October 1859 verlosten Schuldver-  
schreibungen mit Coupons

über 50 fl.: Nr. 305 575 773 1501 1739 1925

und 2389.

über 100 fl.: Nr. 983 989 1016 2578 4009 4115

4303 6106 6124 6540 6681 7020

7452 7655 10134 und 10493.

über 500 fl.: Nr. 349 587 853 und 1438.

über 1000 fl.: Nr. 955 978 1445 1803 2812 4912

und 5880.

Schuldverschreibungen Lit. A.

Nr. 1153 über 770 fl. und Nr. 1410 über 470 fl.

D. Die am 30. April 1860 verlosten Schuldver-  
schreibungen mit Coupons

über 50 fl.: Nr. 933 1009 2061 und 2520.

über 100 fl.: Nr. 327 867 1180 1943 2314 3031 3422

3741 4508 5720 5971 6047 6461

6606 7216 7379 7524 7632 7940

8268 9407 9827 10210 10546 10580

und 1122.

über 500 fl.: Nr. 848 1792 1806 1818 2571 u. 2728.

über 1000 fl.: Nr. 147 372 2350 2393 2747 4151

4394 4691 5458 5473 6047 6695

und 7250.

Schuldverschreibungen Lit. A.

Nr. 1745 über 114 fl.

neuerdings mit der Verwarnung kundgemacht, daß die  
Verzinsung der unter A. erwähnten Schuldverschrei-  
bungen mit 1. Mai 1859, jener unter B. mit 1. Novem-  
ber 1859, jener unter C. mit 1. Mai 1860 und jener  
unter D. mit 1. November 1860 aufgehört hat, und  
daß falls dennoch die Coupons von diesen Schuldver-  
schreibungen von Seite der priv. österr. Nationalbank in  
Wien eingelöst werden sollten, die diesfälligen Beträge  
vom Capitalbetrage bei Auszahlung desselben in Abzug  
gebracht werden.

Von der k. k. Grundentlastungsfonds-Direction.

Krakau, am 30. April 1861.

## Kundmachung

(2712. 1-3)

der kais. königl.

auschl. privileg.



## KAISER FERDINANDS - NORDBAHN.

Die gefertigte Direction bringt hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß die in den frü-  
heren Jahren an Sonn- und Feiertagen üblich gewesen

## Luft-Train

zwischen Krakau und Krzeszowice

nunmehr auch für die Dauer dieses Sommers

mit dem 12. Mai l. S. beginnen,

und nach folgender Fahr-Ordnung verkehren werden.

In den Monaten: Mai, Juni, Juli und August Abfahrt von Krakau um 1 Uhr  
30 Minuten Mittags, Ankunft in Krzeszowice um 2 Uhr 13 Minuten Nachmittags; Rück-  
fahrt von Krzeszowice um 7 Uhr 55 Minuten Abends, Ankunft in Krakau um 8 Uhr 43  
Minuten Abends.

Im Monate September, Abfahrt von Krakau ebenfalls um 1 Uhr 30 Min. Mittags,  
Ankunft in Krzeszowice um 2 Uhr 13 Min. Nachmittags; Rückfahrt von Krzeszowice um  
6 Uhr 30 Min. Abends, Ankunft in Krakau um 7 Uhr 13 Min. Abends.

Die Preise sind auf die Hälfte der tarifmäßigen Gebühren ermäßigt, und betragen zur  
Hin- und Rückfahrt:

für 1 Billet erster Classe 1 fl. 26 fr. österr. Währ.

für 1 Billet zweiter Classe — 95 fr. „ „

für 1 Billet dritter Classe — 63 fr. „ „

Die Fahrbillets werden jedoch nur bei der Personen-Cassa in Krakau ausgegeben, und  
sind zu Fahrten mit anderen Personenzügen nicht gültig.

Wien, am 30. April 1861.

Von der Direction der k. k. auschl. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

## Bad Lippspringe,

Station Paderborn.

Lippspringe bewährt sich in allen Krankheiten der Athmungsorgane, die den Character  
schleichender Entzündung tragen. Lungen-Tuberkulose im ersten und Anfang des zweiten Stadiums,  
chronische Brust- und Halskatarrhe, hämorrhoidal-Andrang zu den Luftwegen,  
Asthma und Anschoppungen der Unterleibsorgane können in Lippspringe geheilt oder gelin-  
dert werden.

Das Kurhaus, im gesunden Theile der Stadt und in unmittelbarer Nähe der Quelle, des Bade-  
hauses und der Promenade belegen, bietet den Gästen jede Bequemlichkeit und ist durch eine Auswahl von 180  
Zimmern im Stande, den verschiedensten Ansprüchen zu genügen. — Die Verbindung mit der Eisenbahnstation  
Paderborn — 1 Meile — wird zweimal täglich bei Ankunft der Züge durch den Kurhaus-Omnibus vermittelt.

Auf Anfragen ärztlicher Natur ertheilt der Brunnen-Arzt Dr. Weber Auskunft; ökonomische Erkun-  
digungen und Bestellungen, Wohnung, Wasserverwendung u. s. w. betreffend, werden durch den Brunnen-Admi-  
nistrator Dreyer mann prompt erledigt.

Die Saison dauert vom 15. Mai bis 15. September.

(2680. 3-4)

## Meteorologische Beobachtungen.

W. 3.	Stunde	Barom.-Höhe auf in Paraff. Ein- 9° Reaumur	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Nichtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Änderung der Wärme im Laufe d. Tage von bis
5	2	324.25	+ 9.9	84	West mittel	heiter mit Wolken		+31
10	26	18	3.2	84	West schwach	„ „		+110
6	6	26	12	90	„ „	„ „		

## Wasserheil-Anstalt, in Charlottenburg

1/2 St. von Berlin und am Thiergarten reizend  
gelegen, billige Pension.

(2613.7-16) Dr. Eduard Preiss.

## Wiener - Börse - Bericht

vom 4. Mai.  
Öeffentliche Schuld.  
A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	60.50	60.75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	78.39	78.40
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—	—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	65.25	65.50
ditto. „ 4 1/2% für 100 fl.	56.75	57.25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	111.50	112. —
„ 1854 für 100 fl.	87.25	87.75
„ 1860 für 100 fl.	87. —	87.50
Gomo-Rentenscheine zu 42 L. austr.	15.50	16. —

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen	Geld	Waare
von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl.	90.25	90.75
von Währen zu 5% für 100 fl.	85.50	86. —
von Schleien zu 5% für 100 fl.	85.50	86. —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	85.50	86. —
von Tirol zu 5% für 100 fl.	97. —	99. —
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87. —	88. —
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	67.25	68. —
von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	65. —	65. —
von Galizien zu 5% für 100 fl.	66. —	66.50
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	63.50	64.50

Actien.

	Dr. St.	736. —	738. —
der Nationalbank	169.80	170. —	—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	580. —	582. —	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 500 fl. österr. W.	206.8	207.0	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 200 fl. österr. W.	287. —	287.50	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 100 fl. österr. W.	179.50	180. —	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 50 fl. österr. W.	109.75	110.25	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 25 fl. österr. W.	147. —	147. —	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 12.5 fl. österr. W.	200. —	202. —	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 6.25 fl. österr. W.	160. —	160.50	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 3.125 fl. österr. W.	430. —	432. —	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 1.5625 fl. österr. W.	197. —	200. —	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 0.78125 fl. österr. W.	385. —	390. —	—
der österr. öcon. Gesellsch. zu 0.390625 fl. österr. W.	395. —	400. —	—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank 6jährig zu 5% für 100 fl.	102. —	102.50
„ 10jährig zu 5% für 100 fl.	97. —	98. —
„ auf Oest. 12monatlich zu 5% für 100 fl.	90.75	91. —
der Nationalbank 12monatlich zu 5% für 100 fl.	99.50	99.75
„ auf österr. Währ. zu 5% für 100 fl.	86.60	86.80
„ auf österr. Währ. zu 4% für 100 fl.	85.50	85.75

Loie

	100 fl. österr. Währ.	116.25	116.50
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währ.	101. —	101.50	—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 50 fl. österr. Währ.	127. —	128. —	—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 25 fl. österr. Währ.	36.50	37. —	—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 12.5 fl. österr. Währ.	100. —	101. —	—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 6.25 fl. österr. Währ.	37.50	38. —	—</